

Ä1

Antrag

Initiator*innen: Anton Hensky (KV Braunschweig)

Titel: Ä1 zu A14: Solidarität mit der Zivilbevölkerung in Westasien

Antragstext

Von Zeile 39 bis 43:

- Die Anerkennung eines Existenzrechts ist dabei politischer und nicht juristischer Natur. ~~Wir schließen uns den 157 von 193 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen an, die den Staat Israel auf Basis der Grenzziehung vom 4. Juni 1967 anerkennen.~~ Wir schließen uns der Mehrheitsposition der UN-Generalversammlung die den Staat Israel auf Basis der Grenzziehung vom 4. Juni 1967 anerkennen an. Mit Stand April 2026 erkennen rund 158 der 193 UN-Mitgliedstaaten Palästina als Staat an, davon mehrere westeuropäische Staaten erst seit 2024 (Spanien, Irland, Norwegen Mai 2024; Slowenien Juni 2024; Frankreich, Belgien, Luxemburg, Malta September 2025; UK Bedingungsannahme September 2025). Deutschland verweigert die Anerkennung weiterhin und folgt damit nicht der Mehrheitsposition der UN-Generalversammlung. Wir bekräftigen, dass Kritik an staatlichem Handeln – auch an der Politik der israelischen Regierung – niemals mit der

Begründung

Der Originalwortlaut suggeriert eine statische Zahl ohne Stichtag. Die Anerkennungswelle 2024/25 ist politisch der relevante Bezugspunkt für die deutsche Verweigerungshaltung. Quellen: UN-Generalsekretariat (Liste der

Anerkennungen); A/RES/ES/10/24 vom 18.9.2024 (124 Ja, 14 Nein, 43 Enthaltungen, Deutschland enthielt sich); Albanese A/80/492 (20.10.2025) Rdz. 28 ff.